



Steinmeier, Künast, Trittin

HARTZ IV

Gemeinsam gegen Merkel

SPD und Grüne betrachten den vom Kabinett beschlossenen Gesetzentwurf zu den geplanten Hartz-IV-Reformen als Diskussionsgrundlage. In einem zweiseitigen Brief an Bundeskanzlerin Angela Merkel, den SPD-Bundestagsfraktionschef Frank-Walter Steinmeier, der rheinland-pfälzische Ministerpräsident Kurt Beck (SPD) sowie die Grünen-Fraktionsvorsitzenden im Bundestag, Renate Künast und Jürgen Trittin, unterschrieben haben, bieten sie gemeinsame Gespräche an – verbunden mit der Forderung nach deutlichen Änderungen am Gesetzentwurf. So könne der neue Hartz-IV-Regelsatz erst festgelegt werden, heißt es in dem Schreiben, wenn die Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts nach einem schlüssigen und transparenten Berechnungsverfahren erfüllt seien. Verklausuliert fordern sie die Ein-



JOCHEN ZICK / KEystone

führung von Mindestlöhnen, da die „Bemessung der Regelleistungen auch im Zusammenhang mit einem funktionierenden Arbeitsmarkt, auf dem existenzsichernde Löhne und Gehälter gezahlt werden, gesehen werden“ müsse. Auch das vorgelegte Bildungspaket für Hartz-IV-Kinder reicht SPD und Grünen nicht aus. Vielmehr müssten auch Kinder aus Familien mit niedrigem oder durchschnittlichem Einkommen „einen Anspruch auf bessere Bildungs- und Teilhabechancen durch den Ausbau einer sinnvollen Infrastruktur erhalten“. Zudem verlangt die Opposition einen Ausbau der Arbeitsförderung für Arbeitslose. Nach dem Urteil des Verfassungsgerichts müssen die Hartz-IV-Reformen bis zum 1. Januar 2011 in Kraft treten, dabei ist die Regierung auf die Zustimmung der SPD-Länder im Bundesrat angewiesen. Um den Termin halten zu können, bieten Steinmeier, Beck, Künast und Trittin der Kanzlerin „ergebnisoffene Gespräche“ an. Der Gesetzentwurf der Regierung bleibe jedoch „in zentralen Punkten hinter den von der SPD und Bündnis90/Die Grünen als notwendig erachteten Regelungen zurück“.

VERTRIEBENENSTIFTUNG

Thierse fordert öffentliche Diskussion

Der Streit um die Vertriebenen- und Dokumentations des Bundes in Berlin geht in die nächste Runde. Das vertrauliche Konzept, über das der Stiftungsrat der Bundesstiftung „Flucht, Vertreibung, Versöhnung“ an diesem Montag befinden soll, fordert die Kritiker neu heraus. In dem 28-seitigen Papier führen die Ausstellungsplaner aus, sie wollten „einen allgemeinen Überblick über mehr als 30 vertriebene ethnische Gruppen in Europa vermitteln und ei-

nige dieser Zwangsmigrationen vertiefend dokumentieren“. Salomon Korn, Vizepräsident des Zentralrats der Juden in Deutschland, hat das Konzept gelesen – und sieht die Massenverbrechen der Nationalsozialisten nicht angemessen dargestellt: „Die Juden waren die ersten Vertriebenen in diesem Land, das wird nicht ausreichend gewürdigt.“ Außerdem würde vernachlässigt, dass viele aus dem Osten vertriebene Deutsche zuvor selbst am Holocaust beteiligt waren. Korn, dessen Mitgliedschaft im Stiftungsrat ruht, sieht deshalb „keine Veranlassung, in das Gremium zurückzukehren“. Auch der SPD-Vertreter im Stiftungsrat, Wolfgang Thierse, fordert eine Debatte.

„Ich halte es für notwendig, dass der erste Entwurf der Ausstellungskonzeption nicht nur intern diskutiert wird, sondern auch in der wissenschaftlichen und politischen Öffentlichkeit“, so Thierse. Nur so könne „das Misstrauen gegen die Stiftung überwunden und neues Vertrauen gewonnen werden“. Laut dem Eckpunktepapier soll am Dokumentationsort, dem Deutschlandhaus am Rande des Berliner Regierungsviertels, eine Präsenzbibliothek zum Thema Zwangsmigration eingerichtet werden, außerdem setzt man darauf, die Besucher durch „Erlebnisschilderungen“ aus „Sicht der Betroffenen“ einzustimmen und „möglichst viele Zeitzeugenberichte“ zu sammeln.